

**165. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 22.10. 2015**

Antrag Nr 7/2015

Die 165 Vollversammlungen der Wiener Arbeiterkammern fordert das zuständige Bundesministerium für Inneres (politisch und administrativ) unverzüglich dazu auf:

- 1. Verantwortung für schutzbedürftige Menschen auf der Flucht wahrzunehmen**
- 2. Angesichts der herbstlichen Temperaturen sofortige Maßnahmen zu setzen, um der in Kauf genommenen Obdachlosigkeit von Flüchtlingen entgegenzuwirken.**
- 3. Angemessene und wetterbeständige Erst-Unterkünfte zu schaffen**
- 4. Rechtliche Basis-Information und Beratung an der neuen EAST Technik West zu ermöglichen und zu finanzieren**

Begründung:

Es kann nicht sein, dass stets die Zivilgesellschaft und NGOs das Staatsversagen der Bundes-Regierung in der Flüchtlings- und Unterbringungs-Frage beheben müssen. Die tausenden freiwilligen Helfer_innen und Unterstützer_innen haben das positive Bild von Österreich als "humanen Transitort" geformt, nicht die amtierende Ministerin.

Angesichts des heraufziehenden Herbstes nehmen wir auch die Landesregierung in die Pflicht, ausreichende und angemessene Unterkünfte für Menschen auf der Flucht bereitzustellen und ihnen wesentliche Basis-Angebote wie z.B. professionelle und bezahlte Deutsch-Kurse anzubieten.

Eine abbruchreife Tennishalle kann kein winterfester Ort für 300 Menschen auf der Flucht sein!

Hintergrundinformation:

Mit der Fremden-Gesetzes-Änderung von 1.7.2015 ist ein Asylantrag bei der nächstliegenden Polizei-Dienststelle einzubringen. Die Beamt_innen sind dabei aber meist nicht für Asyl-Anträge geschult. Vorher war die Asylantrags-Einbringung in den Erstaufnahmestellen (EAST) Traiskirchen und Thalham möglich. Die Gesetzes-Änderung bringt - wie so oft - massive Nachteile für die Betroffenen und eine zunehmende Konfusion, Ineffizienz und Kompetenz-Verwirrung innerhalb der Behörden.